

Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung am Montag,
dem 18. Mai 2020 in Ringgau – Netra
Dorfgemeinschaftshaus

Gemeindevorstand:

anwesend:

Hartmann Mario (Bürgermeister)
Dr. Cortis Stephan (1. Beigeordneter)
Deubener Hannes
Neusüß Willi
Schmidt Claus
Knies Erwin

entschuldigt:

-

Gemeindevertretung:

anwesend:

Bachmann Dieter
Ebeling Manfred
Fey Gerd
Hartmann Hans
Hartmann Horst
Kalck Karl-Heinrich
Lorbach Mirco
Meister Wolfgang
Schabacker Astrid
Schmidt Thomas
Siebert Karl-Heinz
Sennhenn Reinhard (Vorsitzender)
Stüber Frank
Wieditz Dirk

entschuldigt:

Iffert, Ulrich

Schriftführerin:

Manuela Mönkemeyer

Beginn: 20:03 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Reinhard Sennhenn eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung durch Ladung vom 12.05.2020, sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind um 20:03 Uhr 14 Gemeindevertreter anwesend.

Die öffentliche Bekanntmachung der Gemeindevertretersitzung erfolgte in der Wochenzeitung „Ringgau-Bote“ Nr. 20 vom 15.05.2020. Einwände gegen die Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Bekanntmachung der Sitzung werden nicht erhoben.

Horst Hartmann meldet sich zu Wort und teilt mit, dass die SPD keinen Wert auf die Anwesenheit der Pressevertretung der Werra-Rundschau legt, da diese unsachgemäß berichtet.

2. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung vom 12.03.2020

Auf die Anfrage des Vorsitzenden Reinhard Sennhenn, ob es zum Protokoll Einwände oder Wortmeldungen gibt, teilt Horst Hartmann mit, dass die Antwort zum Landesausgleichstock auf S. 3 oben nicht richtig sei. Hier muss das Protokoll abgeändert werden. Ebenfalls wünscht Astrid Schabacker, dass die Antwort des Herrn Tampe auf die Vorwürfe von Dr. Cortis (ebenefalls S. 3) ausführlicher dargestellt werden sollten.

Horst Hartmann und Hans Hartmann schlagen vor, den Beschluss über das Protokoll zu vertagen und nach der Berichtigung neu zum Beschluss vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Das Protokoll ist zu berichtigen und soll der Gemeindevertretung in einer der nächsten Sitzungen erneut vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:	14 Stimmen dafür
	0 Stimmen dagegen
	0 Stimmen enthalten

3. Wahl eines Vertreters in die Verbandsversammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums

Bürgermeister Hartmann erklärt, dass es sich hier um einen formellen Akt handelt. Mit Schreiben vom 22.01.2020 hat Klaus Fissmann sein Amt als Vertreter für die Verbandsversammlung der ekom21 – KGRZ Hessen niedergelegt. Somit muss ein neuer Vertreter gewählt werden. Dieses Amt wird in der Regel vom amtierenden Bürgermeister ausgeübt.

Weitere Vorschläge werden keine abgegeben.

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen der SPD, ÜWG und CDU schlagen gemeinsam vor, als Vertreter in die Verbandsversammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Herrn Bürgermeister Mario Hartmann zu wählen.

Abstimmungsergebnis: **14 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmen enthalten

4. Einbringung der Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020

5. Einbringung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer

Der Vorsitzende Reinhard Sennhenn erteilt dem Bürgermeister das Wort. Bürgermeister Hartmann begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger und teilt mit, dass die Sitzung unter den Corona-Bedingungen durchzuführen ist. Die Sachlage lässt keinen Umlaufbeschluss zu, da es sich hier um erhebliche Auswirkungen für die Bevölkerung handelt.

Sein Ziel ist es, den Haushaltsplan 2020 realistisch aufzustellen. Hierzu wurden die tatsächlich gebuchten Daten der Jahre 2017, 2018 und 2019 in Excel-Tabellen gezogen. Die Daten wurden aufgearbeitet, Ausreißer kontrolliert und jeweils Durchschnittswerte gebildet, um zu ermitteln, wie die Planzahlen für das Jahr 2020 ausschauen könnten.

Eine große Unbekannte bleibt bei den Abschreibungen allerdings vorhanden, da die Anlagenbuchhaltung nicht richtig geführt ist und mit den fehlenden Jahresabschlüssen berichtigt werden muss. Er macht dies an dem Beispiel deutlich, dass die Stützmauer in Renda in der Straßenerneuerung enthalten ist, aber tatsächlich zwei unterschiedliche Anlagen sein müssen.

Es wurde festgestellt, dass erhebliche Abweichungen von den Planzahlen zu den Ist-Zahlen vorhanden sind. Die Abweichungen über 5.000 € wurden für die Jahre 2018 und 2019 gegenübergestellt. Aus der Übersicht, die bereits den Gemeindevertretern in einem Workshop ausgehändigt wurde, ist erkennbar, dass die größten Abweichungen im Ertrag vorhanden sind. Ökonomiepunkte, Bruchzins und Holzverkauf waren deutlich zu hoch angesetzt. Allein hier waren über 200.000,- € zu viel geplant. Im Aufwandsbereich fehlen Planansätze, Ausgaben wurden aber getätigt, so z. B. die Leistungen an die Fa. Schüllermann bzw. die Oberflächenentwässerung. Planansätze wurden deutlich überschritten, wie z. B. die Instandhaltung des Infrastrukturvermögens um über 30.000,- € in 2018 und über 45.000,- € in 2019. Weitere Abweichungen im Aufwand werden vom Bürgermeister aufgezählt, diese sind den bereits ausgehändigten Unterlagen vom Workshop zu entnehmen.

Aufgrund dieser erheblichen Abweichungen steht für Bürgermeister Hartmann fest, dass das Haushaltsrecht in den vergangenen Jahren mit Füßen getreten wurde. Es hätten mindestens außer- und überplanmäßige Haushaltsausgaben beschlossen, wenn nicht sogar ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden müssen.

Bürgermeister Hartmann weist auf die Haushaltsberatung der öffentlichen Sitzung vom 12.03.2020 hin, in der die Situation der Gemeinde Ringgau aufgezeigt wurde.

Die vorläufigen ordentlichen Jahresergebnisse 2018 (Verlust mit ca. 99.000,- €) und 2019 (Verlust mit ca. 726.000,- €) weisen darauf hin, dass die Vereinbarungen aus dem Schutzschirmvertrag nicht eingehalten wurden. Der finanzielle Berg hat sich angestaut und ist immer höher geworden. Schulden werden größer, je länger man wartet.

In diesem Haushaltsplan sind erstmalig wieder die Beträge für die Wasser- und Abwasserversorgung mit aufgenommen, da der Eigenbetrieb gem. Beschluss zum 01.01.2020 in den Kernhaushalt zurückgeführt werden soll. Der Haushalt 2020 würde ohne eine Grundsteuererhöhung einen Verlust von 835.635,- € ausweisen. In diesem Verlust sind die Belastungen der neu zu finanzierenden Investitionen und der Corona-Effekt bei der Gewerbesteuer bereits berücksichtigt. Aus seiner Sicht ist eine Grundsteuererhöhung unumgänglich. Geplant ist die Erhöhung der Grundsteuer A auf 950 % und der Grundsteuer B auf 960 %. Trotz dieser Grundsteuererhöhung verbleibt ein Verlust von 520.725,- €.

Bürgermeister Hartmann teilt mit, dass er bereits den RP kontaktierte und zu seiner Verwunderung feststellen musste, dass sich Herr Tampe vom RP unverwundert zeigt und damit gerechnet hat. Zwischenzeitlich waren Herr Tampe und Herr Göttfert vor Ort.

Im Gespräch wurde von Herrn Tampe klar darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Ringgau schon mehrfach zusätzliche Unterstützung vom Land erhalten hat. Beim Rettungsschirm und auch bei der Zahlung der Hessenkasse wurde jeweils ein weiterer Aufschlag gewährt. Bürgermeister Hartmann erörtert, dass somit das Land bereits vier Mal eine finanzielle Leistung erfüllt hat. Die Gemeinde Ringgau ist einen Vertrag mit einem entsprechenden Abbaupfad eingegangen, der ab dem Jahr 2018 einen Ausgleich ausweisen soll. Mittlerweile steht fest, dass die Gemeinde Ringgau bisher diesen Vertrag nicht eingehalten hat. Herr Tampe hat in diesem Gespräch unmissverständlich deutlich gemacht, dass nunmehr die Gemeinde selbst Maßnahmen ergreifen muss, um die finanzielle Situation zu verbessern. Erst wenn die Gemeinde Ringgau handelt, könnte auch wieder mit einer Unterstützung vom Land gerechnet werden.

Dringender Handlungsbedarf liegt in dem Thema „Gebührenkalkulation Wasser/Abwasser“. Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2020 in den Kernhaushalt der Gemeinde übernommen. Die Gebühren für Wasser und Abwasser müssen eigentlich kostendeckend berechnet werden. Tatsächlich wird im Haushaltsplan 2020 für diesen Bereich ein Fehlbetrag von 125.000,- € ausgewiesen. In diesem Fehlbetrag sind die Bauhofleistungen noch nicht enthalten. Seit ca. 10 Jahren liegt die Gebühr für Wasser bei 1,35 €. Eine Anpassung ist für das Jahr 2021 notwendig.

In dem Gespräch mit Herrn Tampe und Herrn Göttfert wurde auch geklärt, dass der Haushalt 2020 im Vollzug ausgeglichen werden könnte. Hierfür ist die Grundsteuererhöhung eine Voraussetzung. Die dann folgende Unterstützung vom Land für den Antrag auf Zuwendung aus dem Landesausgleichstock für die Baugebiete HLG in Höhe von 280.000,- € ist die weitere Voraussetzung. Zusätzlich wird die Anpassung der Gewerbesteuer aufgrund der Corona-Pandemie berücksichtigt und ein Antrag auf Erlass der Zahlung für die Hessenkasse ist möglich. Ein einmaliger Ertrag kann durch eine Eintragung einer Dienstbarkeit erreicht werden. Durch diese Maßnahmen ist ein Ausgleich im Jahresabschluss 2020 möglich. Somit könnte der Haushalt 2020 nachträglich dem Grunde nach genehmigungsfähig sein. Die Genehmigung kann allerdings erst nach Vorlage der Jahresabschlüsse im Nachgang erfolgen. Daher wird die Gemeinde Ringgau derzeit keine Haushaltsgenehmigungen erhalten. Die Zuwendung der 280.000,- € sind allerdings an die Eigenleistung der Gemeinde Ringgau geknüpft. Erst muss die Gemeinde Ringgau ihre Erträge verbessern, dann kann auch diese Zuwendung erfolgen.

Bürgermeister Hartmann erzählt, dass ebenfalls eine Unterstützung bei einer Kreditumschuldung möglich wäre, indem das Land die Vorfälligkeitsentschädigung erstatten könnte. Auch dies ist aber an die Voraussetzung geknüpft, dass die Gemeinde Ringgau ihre Aufgaben erfüllt. Er macht darauf aufmerksam, dass der RP in Person von Herrn Tampe die Gemeinde unterstützt und berät. Die Zusammenarbeit zwischen dem RP und der Verwaltung ist sehr gut.

Er macht auf den Liquiditätsbedarf in Höhe von 336.100 € für den Verlauf des Jahres 2020 aufmerksam. Derzeit ist kein Liquiditätskredit vorhanden.

Die Analyse der Zahlen bzw. der finanziellen und haushaltsrechtlichen Situation ist erschreckend. Er selbst musste die Zahlen erstmal sacken lassen und hat ein paar Nächte nicht geschlafen. Die Folgen der vergangenen Haushaltsplanungen müssen nun getragen werden. Der Berg wurde jährlich höher, jetzt ploppt das Ganze auf.

Manfred Ebeling teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss prüfen sollte, ob ein Einsparpotenzial vorhanden ist. Er spricht ein Lob an die Verwaltung aus und bedankt sich für das umfangreiche Zahlenwerk. Der Entwurf des Haushaltsplanes ist an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.

Horst Hartmann schließt sich dem an. Auch er bittet den Haupt- und Finanzausschuss um Prüfung nach einem Einsparpotenzial. Er schlägt vor, den nächsten Tagesordnungspunkt Nr. 5 „die Einbringung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer“ gleich mit abzustimmen. Dieser Tagesordnungspunkt ist vom Bürgermeister bereits erläutert worden und die Satzung wird ebenfalls an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen, daher könnte über beide Punkte abgestimmt werden.

Astrid Schabacker erläutert den Begriff Schulden. Hauptsächlich wird hier in der Doppik von den Krediten gesprochen. Für sie gehören die Rückstellungen aber auch unter die Schulden und möchte es daher als Fremdkapital bezeichnen. Zum Ende des Jahres 2020 hätte die Gemeinde Ringgau somit 14.807.000,- € Schulden.

Hans Hartmann erklärt, dass er sprach- und fassungslos ist. Der Haupt- und Finanzausschuss soll die Zahlen mit der Hoffnung betrachten, dass vielleicht noch Einsparungen möglich sind. Auch er bedankt sich bei der Verwaltung.

Frank Stüber fragt nach, ob tatsächlich die Zuwendung aus dem Landesausgleichstock für die Baugebiete der HLG und auch die Erstattung der Vorfälligkeitsentschädigung vom Land erfolgen, wenn die Gemeinde Ringgau ihre Grundsteuerhebesätze anhebt. Bürgermeister Hartmann teilt mit, dass mit der Erhöhung der Hebesätze auf die genannten Prozente die Zuwendung auch gewährt wird. Bei der Vorfälligkeitsentschädigung handelt es sich nicht um einen Präzedenzfall, da bereits bei einer Kommune aus dem Kasseler Bereich diese Übernahme erfolgte. Eine Klärung muss allerdings politisch noch erfolgen. Ob es sich bei der Rückzahlung des Hessekassenbeitrages um eine Stundung oder um einen Erlass handelt, wird derzeit von der Verwaltung geklärt.

Manfred Ebeling teilt mit, dass im Rahmen der Corona-Krise der Bund ein Entschuldungskonzept für die Kommunen beraten möchte. Es wäre zu prüfen, ob die Gemeinde Ringgau hiervon partizipieren kann. Bürgermeister Hartmann antwortet, dass dies dann zu prüfen sei.

Von der Verwaltung wünscht Manfred Ebeling künftig eine vierteljährliche Liquiditätsplanung. Bürgermeister Hartmann teilt mit, dass dies auch sein Wunsch sei und die Verwaltung damit beauftragt wird.

Auf Vorschlag von Horst Hartmann werden die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung verweist den Entwurf der Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 und die im Entwurf vorliegende Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:	14 Stimmen dafür
	0 Stimmen dagegen
	0 Stimmen enthalten

6. Bericht des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Hartmann erläutert den Bericht des Gemeindevorstandes anhand einer Power-Point-Präsentation:

- Die vakante Stelle eines Mitarbeiters im Bauhof/Schwimmbad ist zum 01.04.2020 besetzt. Ungewiss ist noch, ob oder wann das Freibad geöffnet werden kann. Mit einer Entscheidung ist Anfang Juni zu rechnen. Die Bürgermeister des Werra-Meißner-Kreises bemühen sich um eine gemeinsame Abstimmung.
- Aufgrund der Corona-Krise konnte die Untersuchung der Strahlenintensität von Mobilfunkstrahlung durch das Hess. Umweltministerium bislang nicht durchgeführt werden.
- Der Infomarkt zum Thema Mobilfunkstrahlung konnte aufgrund der Corona-Krise nicht stattfinden.
- Die Bürgersprechstunde zu Sued-Link am 16.03.2020 musste ebenfalls wegen der Corona-Krise ausfallen.
- Für den April und Mai 2020 wurden die Kindergarten-Elternbeiträge für Kinder, die nicht in der Notbetreuung waren, ausgesetzt. Der Erlass muss noch von der Gemeindevertretung beschlossen werden.
- Die Pacht für die Monate April und Mai 2020 wurde in Bezug auf die Ringgaugaststätte in Röhrda erlassen.
- Der Wasserschaden im Kindergarten Netra wurde behoben. Der Wasserschaden wurde durch die Spülmaschine verursacht. Der Einbau eines Wassernotstoppes ist bei der Versicherung beantragt.
- Die Jugendräume bleiben bis auf weiteres aufgrund von Corona-Bestimmungen geschlossen.
- Die DGH's sind wieder unter den Voraussetzungen der 10. Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus geöffnet.
- Die Grillhütten sind unter den Voraussetzungen der 10. Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus teilweise wieder geöffnet. Das Grillen ist allerdings nicht erlaubt.

- In Netra wird derzeit eine Baumaßnahme der Stadtwerke Eschwege durchgeführt (die Überlandleitung soll in die Erde).
- Der Bürgermeister hat am 05.05.2020 an der Mitgliederversammlung des Abfallzweckverbandes teilgenommen. / Neuvergabe der Bereiche Restmüll, Bioabfall, Altpapier, Sperrmüll und Elektroaltgeräte ab 01.01.2021/europaweite Ausschreibung ist erfolgt / über die Neuvergabe ist entschieden worden.
Frank Stüber fragt an, ob hier mit einer Gebührenerhöhung zu rechnen ist. Bürgermeister Hartmann antwortet, dass sich etwas ändern wird, aber was und wie darf er aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht sagen.
- Die Installation des Entlüftungsventiles für die Steigleitung in der Gemarkung Grandenborn erfolgte am 02.06.2020 durch den Abwasserverband.
- Die Teilnahme am Projekt „Wir jagen Funklöcher“ wurde am 21.11.2019 einstimmig von der Gemeindevertretung beschlossen und wird derzeit umgesetzt.
In Netra wurde ein Funkloch ausgemacht und eine Untersuchung fand am 13.05.2020 statt. Einen Standort innerorts von Netra wurde abgelehnt, daher wird ein Grundstück nördlich von Netra geprüft. Ergebnisse liegen noch nicht vor.
- Entwicklung der Gewerbesteuer durch Anpassung aufgrund der Corona-Pandemie:
Es liegen 21 Anträge auf Anpassung der Vorauszahlungen vor, 2 Anträge wurden direkt bei der Verwaltung und 19 Anträge über das Finanzamt gestellt. Die Anpassung wirkt sich mit 53.440,00 € aus, die im Haushalt 2020 berücksichtigt sind.
- Derzeit sind im Baugebiet „Neterhöhe“ in Röhrda 6 Grundstücke verkauft und 3 Grundstücke reserviert.
- Durch den RP wurden beide Windkraftanlagen von eno energy aufgrund von vogelkundlichen Ergebnissen (Rot Milan) abgelehnt.

Der Vorsitzende Reinhard Sennhenn bedankt sich für den Bericht des Gemeindevorstandes und bittet um Nachfragen. Astrid Schabacker fordert, künftig die Bevölkerung mit einzubinden. Die LTE-Standorte sollten nicht innerhalb der Ortschaften liegen. Es geht um gesundheitliche Schäden, daher sollte für die Bevölkerung der strahlungsärmste Standort außerhalb von Ortschaften gewählt werden. Sie bittet darum, doch nochmal über ein Vorsorgekonzept nachzudenken. Dieses Konzept kostet ca. 13.000 €. Bürgermeister Hartmann teilt mit, dass der Standort Netra noch geprüft wird und somit noch nicht feststeht.

Manfred Ebeling fragt nach dem Sachverhalt des verbrannten Messgerätes für die Windkraftanlagen. Der Bürgermeister erklärt, dass eine Anzeige bei der Polizei über Brandstiftung vom Eigentümer eingereicht wurde. Der Sachschaden beträgt 70.000 €. Vor dem Brand ist bereits der Anhänger geklaut worden.

Astrid Schabacker fragt an, ob bereits Windkraftanlagen genehmigt sind. Bürgermeister Hartmann verneint es und äußert, dass die Genehmigungen der Anlagen noch geprüft werden. Es müssen Bodengutachten erstellt werden. Ihm ist nur bekannt, dass Voruntersuchungen durchgeführt werden, weitere Informationen liegen nicht vor. Die Ablehnung der beiden Windkraftanlagen habe er zuerst über die Presse erfahren. Astrid Schabacker bemerkt, dass kaum einer mehr durch dieses Windmühlenwirrwarr durchblickt.

Der Vorsitzende Reinhard Sennhenn stellt fest, dass der Bericht des Gemeindevorstandes die Gemeindevertreter zur Kenntnis genommen haben.

7. Anregungen und Anfragen

Karl-Heinz Siebert fragt nach dem Stand verschiedener Unterhaltungsmaßnahmen für den Ortsteil Grandenborn. Bürgermeister Hartmann teilt mit, dass der Auftrag für 3 neue Fenster im DGH erteilt ist. Der TÜV-Bericht für die Spielplätze liegt mittlerweile vor. Grundsätzlich muss das Thema „Spielplätze“ mit den Ortsvorstehern besprochen werden. Die Spielplätze sollten mit Absprache des Ortsbeirates zentralisiert werden.

Dieter Bachmann teilt mit, dass früher die Ortsvorsteher die Einladung der Gemeindevertretung verteilt haben und nicht der Bauhof. Ob dies nicht wieder möglich wäre. Bürgermeister Hartmann erklärt, dass nicht alle Ortsvorsteher regelmäßig die Post in der Verwaltung abholen. Die Gemeindevertreter bitten Bürgermeister Hartmann, dies mit den Ortsvorstehern zu regeln.

Die Vorsitzenden der Fraktionen äußern sich zu der Öffentlichkeitsarbeit der Presse. Die Presse möge nicht einfach nur mit Schlagzeilen arbeiten, sondern wahrheitsgemäßer berichten.

Der Vorsitzende Reinhard Sennhenn bedankt sich bei den Anwesenden.

Ende der Sitzung: 21:43 Uhr

(Vorsitzender)

(Schriftführerin)